

Volks-Zeitung

Freitag das achtsseitige farbige ULK illustrierte Witzblatt

Kreuzzeitung täglich 5 Pfennig, Sonntags, Feiertags und Montags 10 Pfennig...

Mit „Jede Woche Musik“ Moden-Zeitung Sport-Zeitung Film-Zeitung Hausu.gartenztg. Techn.Zeitung Witzblatt „ULK“

Verkaufsstellen: Berlin, Potsdam, Magdeburg, Leipzig, Halle, Chemnitz, Dresden, etc.

Galgenfrist bis Mitte Mai

Keine sofortige Reichstagsauflösung - Das Notprogramm muß bis 31. März erledigt sein

Die Gefahr der sofortigen Reichstagsauflösung ist nunmehr beseitigt. Im Laufe des gestrigen Nachmittags kam zwischen der Reichsregierung und den Parteien eine Einigung darüber zustande, daß das „Notprogramm“ des Kabinetts Marx bis spätestens zum 31. März vom Reichstag erledigt werden soll, und daß dann der jetzige Reichstag aufgelöst wird.

Schon jetzt liegt eine Mitteilung des Reichspräsidenten vor, in der die Auflösung des Reichstags nach Erledigung der notwendigen Arbeiten angeht.

Nach den Verhandlungen zwischen Regierung und Parteien sollen die Verhandlungen Mitte Mai stattfinden.

Die bisherigen Regierungsparteien haben sich nach langen Kämpfen dahin geeinigt, dem Notprogramm der Regierung ihre Zustimmung zu geben. Auch die maßgebenden Oppositionsparteien, die Demokraten und die Sozialdemokraten, haben bei den gestrigen Verhandlungen mit der Regierung die Zustimmung gegeben, die bis jetzt fehlte, an der pünktlichen Erledigung des Notprogramms sachlich mitzuwirken.

Allerdings hat sich die Opposition ihre volle Zustimmung vorbehalten.

Sowohl die Demokraten als auch die Sozialdemokraten haben keinen Zweifel daran gelassen, daß sie keinerlei Verpflichtung übernehmen, den einzelnen Punkten des Notprogramms zuzustimmen. Ursprünglich wollten die Bürgerblockparteien die Opposition in dieser Weise festlegen. Aber es war für die Räte selbstverständlich, daß ein derartiges Verhalten abgelehnt werden mußte. Nachdem dieses Verhalten abgelehnt wurde, wurde es geradezu absurd erschienen, wenn die Regierung das Verhalten an die Opposition gestellt hätte, für die arbeitsunfähig gewordene Regierungskoalition einzutreten.

In der gestrigen Reichstags-Sitzung haben die Vertreter der Linken den Standpunkt ihrer Parteien klar und deutlich zum Ausdruck gebracht. Namentlich wird die Regierungserklärung, die Reichspräsident Marx am 27. Februar vor dem Reichstag abgegeben will, den Parteien die Gelegenheit bieten, ihre Stellung in diesem hochpolitischen Streitfall darzulegen und zu dem „Notprogramm“ Stellung zu nehmen.

Die Sozialdemokraten wenden sich in erster Linie gegen die gegenständliche Art der Landwirtschaft, insbesondere gegen die Abschaffung des zollfreien Getreideverkehrskontingents. Von den Demokraten ist bereits angekündigt worden, daß sie unbedingt auf der Erledigung ihrer Forderungen zur Kleinrentnerfrage bestehen werden.

Recht eigenartig verhält sich das Verhalten der Regierungsparteien, die eine Verlegung des Reichstags bis zum 27. Februar erzwingen haben.

Die Sozialdemokratie hat beantragt, daß die Regierungserklärung schon am 20. Februar, also eine ganze Woche früher, abgegeben werden soll. Diesen Antrag lehnte die Bürgerblockmehrheit ab, obwohl sie wissen mußte, daß jetzt keine Zeit verloren werden darf, um für eine rechtzeitige Erledigung des vorliegenden Arbeitsstoffes zu sorgen. Im übrigen hat die deutsche Wählerschaft ein dringendes Interesse daran, daß im Parlament sobald als möglich Rückschlüsse darüber gegeben werden, wie man sich die Lösung des höchst komplizierten Notprogramms denkt.

Im Hin und Her der Verhandlungen ließ gestern nachmittag die Reichsregierung einen nachdrücklichen Appell an die Parteien ergehen. Im Namen einer „Ausschubung“ des Kabinetts Marx wurde folgende Erklärung verbreitet:

Die Reichsregierung hat den Parteien für die Verhandlungen des Reichstags bis zum Ablauf des Jahres ein Notprogramm vorgelegt. Sie legt auf seine rechtzeitige Durchführung zur Wiederherstellung der vorgeschlagenen Maßnahmen entscheidendes Gewicht. Sie wird nach Erledigung des Programms - selbstverständlich auch für den Fall eines Scheiterns - die Auflösung des Reichstags dem Herrn Reichspräsidenten erhitzen. Die Reichsregierung wird ihrerseits alle Vorkehrungen treffen, um Neuwahlen spätestens in der zweiten Hälfte des Mai zu ermöglichen. Sollte wider Erwarten die Durchführung von Mittelpunkt des Programms der Reichstag über das Ende des Jahres hinaus beraten müssen, so fordert die Reichsregierung, daß hierfür im Reichstag die geschäftsmäßigen Voraussetzungen geschaffen,

Mit „Jede Woche Musik“ Moden-Zeitung Sport-Zeitung Film-Zeitung Hausu.gartenztg. Techn.Zeitung Witzblatt „ULK“

Schnelldienst

Im Franzosen-Prozess wurde gestern mit den Sachverständigen die Entscheidung über die Schuldfrage getroffen.

In Italien sollen in den nächsten Tagen alle noch bestehenden Einflüsse für die Reichsregierung ausgeübt werden.

Nachdem die anhaltenden Verhandlungen der unabhingigen Lituanischen Staaten bei dem Reichspräsidenten an den lituanischen Staatspräsidenten Emeiza ein Einverständnis erlangt.

Anarchie statt Demokratie

Die Pflicht der Opposition

O. N. Die Agonie des Volksgüterbrotts verbreitet nunmehr auch nach innen über den Reichstag. In der Geschichte der deutschen Republik endet die Reichstagsaktion in einer jämmerlichen Scheitern. Wenn heute wieder von ihren Freunden verlangt, sie sollten in Schmach zerfallen, so kann man von unserer Reichsregierung nur feststellen, daß sie in Schanden verendet. Die Schuld liegt vornehmlich bei den Deutschnationalen, die in diesem Kabinett dank ihrer vier Minister die Macht ergriffen haben. Nach vor wenigen Tagen wollten sie das ihnen drohende Scheitern der Wähler bis zum Herbst hinaus schieben. Der erste Hindenburg-Versuch schien ihre Hoffnungen zu unterstützen. Je mehr sie sich aber davon überzeugen mußten, daß schließlich die Interessen des Landes nicht restlos den Deutschnationalen Parteiführern gepfeift werden können, desto schneller wandelten sie ihre Taktik. Sie wollten nunmehr sofort auflösen. Von einem kurzen Wahlkampf erhofften sie noch am ehesten eine Schonung ihrer Wahlverhältnisse. Doch löbten hatten sie partiell alles aufgegeben, was der allerschwersten Reichstags noch leisten mußte, und dann warfen sie über Bord, was sie gestern noch als Grundfrage aufgestellt hatten. Um sich aber gleichzeitig eine Wahlparole zu sichern, erweiterten sie das „Notprogramm“ in demagogischer Weise, um im Lande den Anschein zu erwecken, daß die Landwirtschaft keine treueren Freunde habe als die Deutschnationalen. Ein Jahr lang hat man für eine überhäufte und wirklich durchgreifende Hilfe für den Teil der Landwirtschaft, der wirklich Not leidet, keine Zeit gehabt. Während das republikanische Preußen bei Wetterhänden und Lebensverwundungsfatastrophen schnell und hygienisch geholfen hat, verlagte das von dem Deraugarier Schiele geleitete Ernährungsministerium vollkommen. Nie ist es der Landwirtschaft schlechter gegangen als unter der Deutschnationalen Herrschaft! Auch jetzt sollten nicht etwa die notleidenden Kleinrentner unterliegen und die Erhebung gefördert werden, man dachte nicht an eine Subventionierung der Futtermittelschäße und an eine organisatorische Zusammenarbeit zwischen den Landwirten und den Konsumenten, sondern die Organisations- die leichtfertig gewirtschaftet haben, sowie die verachteten Landwundgenossenschaften sollten saniert werden. Keine gewissenhafte Partei konnte sich auf solche ungeheuerlichen Zumutungen einlassen, und so kam es, daß die Deutschnationalen bei ihren maßlosen Forderungen selbst von ihren Koalitionsgenossen im Stich gelassen wurden.

Zer Stult hat verfaßt. Mit den Märzparolen ist es nichts geworden. Ein zweiter Schritt des Reichspräsidenten v. Hindenburg ist erfolgt. Der Reichspräsident will den Neuwahlen im Mai zustimmen, sofern das vom Kabinett ausgearbeitete und vorgelegte Notprogramm durchgeführt wird. Dieses Notprogramm enthält nicht die aussehendsten Forderungen der Deutschnationalen, aber es birgt gleichwohl Forderungen, die von der Opposition jetzt genau nachgeprüft werden müssen. Die Erklärung, daß die Reichspräsident die Verantwortung für die Scheiternung des Staats nicht in den Weg legen werde. Sie war auch damit einverstanden, daß einige dringende Werke, wie das Liquidations-Schadensersatzgesetz, noch verabschiedet werden. Wenn die sterbende Regierung jetzt noch das Notprogramm für die Landwirtschaft durchführen will, so ist es eine Selbstverständlichkeit, daß hier nicht einseitige Interessenpolitik getrieben wird. Die Erhöhung der Renten ist ebenfalls ein dringendes Werk der Landwirtschaft. Es ist unübersehbar, daß man die Renten rentner abermals ihrer schreienden Not überläßt. Die Demokraten haben in ihren Verhandlungen mit dem Kaiserlichen Beirat mit Nachdruck auf diese Notstände hingewiesen. Es war ja wirklich eine ungläubliche Zumutung des Herrn Beirat an die Opposition, sie solle dem Notprogramm unbedenken zustimmen, während sich noch nicht einmal die Regierungsparteien auf das Notprogramm geeinigt hatten!

Reichstag bis 27. Februar verfaßt

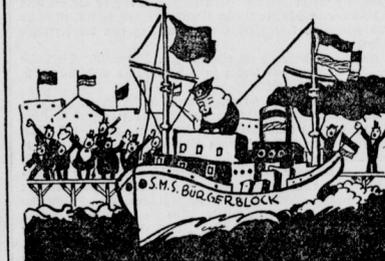
Der Reichstag trat gestern abend um 6 Uhr zu einer zweiten Sitzung zusammen. Einleitend sprach Reichspräsident Ebert die Mitteilung, daß sich eine Mehrheit auf die geschäftsmäßige Erledigung der Arbeiten des Reichstags bis zum 31. März geeinigt habe.

Herr Müller-Franke (Soz.): Wir bedauern, daß die Erklärung der Regierung erst in acht Tagen erfolgen soll. Wir würden möglichst bald Klarheit darüber. Wir haben jetzt die Regierung einer Koalition. Die Aufgabe ist, die Regierung gegenüber freie Hand lassen, und können eine Verbindung auf Geheiß, die wir im einzelnen nicht kennen, nicht eingehen.

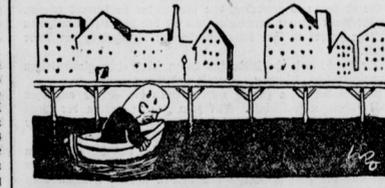
Herr Roth-Wester (Zem.): Die demokratische Fraktion ist bereit, an der Beschließung des Staats bis zum 1. April mitzuwirken.

Herr Reich (Soz.): Die demokratische Fraktion ist bereit, an der Beschließung des Staats bis zum 1. April mitzuwirken. Wir halten es auch für die dringende Aufgabe des Reichstags, alles daran zu setzen, daß der Arbeitsplan rechtzeitig fertiggestellt wird und alle dringenden Werke, auf die das Volk wartet, erledigt werden. Die demokratische Fraktion stellt aber ausdrücklich fest, daß sie sich gegenüber den einzelnen Entwürfen volle Freiheit vorbehalten. In den Verhandlungen hat sich die Regierung bereit erklärt, nach der Erledigung der Gesetzesvorlagen im Mai d. N. Neuwahlen für den Reichstag einzuführen. (Lärm und Zurufe.) Mit Mehrheit wird beschlossen, die nächste Sitzung auf Sonntag, den 27. Februar, zu legen mit der Tagesordnung: „Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.“

Der Rechtsblock



In den Ozean schiffe mit tausend Masten der Jüngling,



Still auf bescheidenem Kahn treibt in den Hafen der Greis





